

diagonal

BSPV
APEB

www.bspv.ch



Editorial



Ohne Strassenmeister geht im Winter gar nichts. Seite 3.

Archiv

Ungelöste Probleme im Personalbereich

In letzter Sekunde: Dank dem BSPV erhielt das Personal für 2011 einen einigermaßen akzeptablen Gehaltsaufstieg. Viele Fragen bleiben aber noch offen.

Von Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Seit Jahren sprechen die Sozialpartner jeweils im Herbst über die Höhe der jährlichen Lohnmassnahmen. In Zukunft soll nicht mehr nur über Prozente diskutiert werden, sondern auch über ein neues Lohnsystem. Das aktuelle System verspricht zu viel, das nicht eingehalten werden kann. Der BSPV wird dazu bald Lösungsvorschläge unterbreiten. Auf den Seiten 2 und 3 gehe ich näher darauf ein.

Weiter ungewiss ist die Zukunft der kantonalen Pensionskassen. Die Unterdeckung von insgesamt über 2,6 Milliarden Franken bei beiden Kassen bereitet uns Sorgen. Diese Lücke gilt es zu schlies-

sen. Da hilft auch ein Primatwechsel nicht weiter.

Und auch die Ferienfrage ist nicht gelöst. Der Regierungsrat beschloss die Einführung der fünften Ferienwoche bereits vor vier Jahren. Umgesetzt ist das Versprechen trotz guter Rechnungsabschlüsse immer noch nicht. Der Kanton Freiburg hat die fünfte Ferienwoche auf den Jahreswechsel eingeführt. In Bern scheint alles etwas länger zu gehen. Leider.

Das Personal und der Regierungsrat stehen im Jahr 2011 vor grossen Herausforderungen. Wir hoffen, dass tragbare Lösungen gefunden werden.

2 Aktuelles Thema

Das Gehaltssystem ist gescheitert

Die Angestellten haben einen höheren Lohnanstieg erhalten als geplant. Doch um das Problem zu lösen, muss man das Lohnsystem überprüfen.

7 Interview

«Löhne sind nicht konkurrenzfähig»

Die Dozierenden der Bernischen Fachhochschule BFH bilden eine starke Sektion des BSPV. Präsident Samuel Kohler sagt, wo der Schuh drückt.

11 Porträt

Sektion Gym_Bern hat viel zu tun

Gym_Bern ist eine junge Sektion des BSPV. Sie wächst immer noch kräftig. Die Reformitis sorgt dafür, dass ihr die Arbeit nicht ausgeht.

Hinweis

Weniger Steuern zahlen?

Der Kanton Bern lebt weitgehend von den Steuererträgen. Jeder soll die Steuern zahlen, die er schuldet. Steuerhinterziehung ist Betrug. Die gesetzlichen Abzüge vorzunehmen, ist aber legal.

Oliver Grob, ein BSPV-Partner für Finanzberatungen, gibt auf Seite 5 persönliche Tipps für die Altersvorsorge. Letztlich müssen aber alle selbst entscheiden, was sie für gut halten.



Matthias Burkhalter (Mitte) und Peter Bernasconi (rechts) erreichten ein höheres Lohnsummenwachstum.

Staub

Gehaltssystem ist gescheitert: Alle suchen nach neuen Lösungen

Die Nachricht stand in allen Zeitungen: Die Kantonsangestellten haben auf Jahresbeginn einen höheren Lohnanstieg erhalten, als geplant war. Doch das Problem ist nicht gelöst. Das Lohnsystem muss überprüft werden. Von Matthias Burkhalter

Blenden wir zurück zur Budgetdebatte im Grossen Rat vom letzten November. Normalerweise passiert der Voranschlag des Kantons ohne grosse Abänderungsanträge. Oder dann wird er mit einem Sparpaket ergänzt. Ganz anders dieses Jahr.

Kurz vor der Finanzdebatte legte der Regierungsrat erstmals Zahlen über die Lohnentwicklung der letzten Jahre vor. Was der BSPV seit langer Zeit beklagte, wurde vom Regierungsrat bestätigt: In den letzten Jahren wurden auf dem Buckel des Personals insgesamt 3,6 Milliarden Franken gespart. Durch nicht gewährte Beförderungen und unzureichende Teuerungsausgleiche.

Darauf reagierten die Personalverbände. Der BSPV und der VPOD reichten eine dringliche Motion ein, die einen höheren

Lohnzuwachs forderte. Und LEBE mobilisierte die Lehrkräfte zu einer eindrucksvollen Demonstration auf dem Rathausplatz.

Dann geschah ein Wunder: Eine Zweidrittelmehrheit des Grossen Rates überwies die Motion von Matthias Burkhalter, Peter Bernasconi und Blaise Kropf als Postulat. Geschlossen dafür stimmten die FDP, die Grünen, die EVP, die SP und die GLP. Dazu kam ein Grossteil der BDP. Abgelehnt wurden unsere Lohnforderungen leider von den beiden übrigen Parteien.

Ein herzliches Dankeschön gilt allen Grossratsmitgliedern, die den Ernst der Situation erkannt haben.

Lohnsystem überprüfen

Damit ist aber noch kein befriedigendes Ergebnis erzielt. Der Regierungsrat,

die Aufsichtskommissionen, der Grosse Rat und vor allem die Personalverbände haben erkannt, dass es in Zukunft nicht um Lohnprozente geht, sondern um die Überprüfung des Lohnsystems. Das heutige System mit dem willkürlichen Lohnanstieg zielt am Arbeitsmarkt vorbei.

Wer nur Finanzpolitik betreibt, handelt kurzsichtig. Die Führungskräfte des Kantons Bern wollen einen Wechsel. Schön wäre es, wenn alle in die gleiche Richtung zielen würden.

Pragmatische Lösungen

Am besten würden die Themen Lohnentwicklung, Pensionskassen, Arbeitszeit, Personalentwicklung und Rentnerbetreuung in einem grossen Projekt angegangen. Ein solches wäre aber zum Scheitern ver-

urteilt, denn grosse Entwürfe sind schwierig umzusetzen. Es braucht pragmatische Lösungen, die möglichst schnell umsetzbar sind. Die Personalverbände arbeiten Vorschläge zur Lohnentwicklung aus und werden diese demnächst präsentieren.

Rentnerinnen nicht vergessen!

Jedes Jahr fehlt an Weihnachten das Geschenk für die Rentner. Ein einziges würde diesen genügen: der Teuerungsausgleich. Die Renten wurden seit Jahren nicht mehr an die Teuerung angepasst. Das bringt etliche langjährige Mitarbeitende des Kantons in finanzielle Schwierigkeiten.

Erboste Mitglieder

Die Geschäftsstelle des BSPV erhält zahlreiche Zuschriften erboster Mitglieder. Ihnen sei versichert, dass für die Aktiv-Mitglieder Solidarität nicht bloss eine leere Worthülse ist.

Die Gerüchteküche brodelt

Während der Budgetdebatte kürzte der Grosse Rat den «Verbraucherschutz» um über eine Million Franken. Es wurden Gerüchte und Verleumdungen über die Arbeit der Lebensmittelkontrolleure präsentiert. Nun muss das Kantonslabor mehr Erträge erwirtschaften oder gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben kürzen.

Keine seriöse Arbeit

Mit seriöser Arbeit hat das Vorgehen des Grossen Rates nichts zu tun. Besonders ärgerlich ist zudem der beleidigende Kommentar in der Schweizerischen Gewerbezeitung, der unsere Lebensmittelkontrolleure als «Abzocker» bezeichnet. Wir wünschen allen Lebensmittelkontrolleuren, die Tag für Tag sehr seriös ihrer Arbeit nachgehen, viel Mut und Kraft bei ihrem Einsatz für die Bevölkerung.

Birnen mit Äpfeln verglichen

Die Medien publizierten am Jahresende zahlreiche Vergleiche über die Lohnentwicklungen im nächsten Jahr. In allen Tabellen stand: Kanton Bern 1,8 % und Bund 1,0 %.

Da wurden jedoch Äpfel mit Birnen verglichen. Denn effektiv sieht die Rechnung so aus:

Kanton Bern: Teuerung 0,7 %, durchschnittliche Beförderungen 1,1 %.

Bund: Teuerung 1,0 %, Beförderungen individuell 0,0 bis 5,0 %.

Es gibt also Bundesangestellte, die den Maximallohn noch nicht erreicht haben und automatisch 6 % Lohnerhöhung erhalten haben. Doch in den Lohnvergleichen steht: Bund 1,0 %.

Eis, Salz, Frost und Schnee: Ohne Strassenmeister geht nichts

Heftig hat der Winter eingesetzt. Tagelang waren die Strassen schneebedeckt und eisig. Hätten die Strassenmeister nicht tags und nachts unermüdlich gearbeitet, hätten nur Wenige ihren Arbeitsplatz erreicht. Von Matthias Burkhalter

Die Arbeit der Strassenmeister nimmt man kaum wahr. Man setzt sie einfach voraus. Auch jene, welche die Wirtschaft lenken oder zu lenken vermeinen. Auch jene, die an der Kantonsverwaltung keine Freude haben. Auch jene, die eigentlich alles kritisieren. Wenn aber einmal die Arbeit nicht getan wird, ja dann würde dies sehr wohl bemerkt. Ein Aufschrei ginge durch den Kanton Bern.

Harte Arbeit

Die Strassenmeister werden in der Regel sehr geschätzt. Denn sie verrichten ihre wichtige Arbeit oft unter sehr widrigen Umständen. Vor allem im Winter.

Das wurde jahrelang gut abgegolten. Die Strassenmeister hatten eine Sonderlösung bei den Entschädigungsregelungen.

Der Regierungsrat hat nun aber leider beschlossen, dieses bewährte System aufzuheben und alle Entschädigungen zu vereinheitlichen. Auf den 1. Januar 2011 ist eine neue Spesenregelung in Kraft getreten, die einige gute Neuerungen und Anpassungen bringt, andererseits aber die Zeitgutschrift für Zusatzarbeit schlechter abgibt.

Nicht alle Betroffenen haben Freude daran.

Keine Einladung zum Mitbericht

Auch der BSPV hatte keine Freude daran, dass dem Verband und seinen betroffenen Sektionen die neue Regelung nicht vorgängig zum Mitbericht unterbreitet worden ist, so wie dies die Sozialpartnerschaft eigentlich vorsieht.

Wir konnten unsere Vorstellungen vor rund einem Jahr zwar mündlich bekannt geben, bei der eigentlichen Erarbeitung der Regelung wurde der BSPV aber nicht mit einbezogen. Das ist störend.

Sozialpartnerschaft

Auch dann, wenn die Verantwortlichen des Tiefbauamtes seriöse und gute Arbeit geleistet haben. Dies auch dann, wenn die Neuregelung den Betroffenen unterdessen erläutert und vorgestellt wurde. Dies auch dann, wenn die Neuregelung keine finanzielle Sparübung ist. Der BSPV und der Strassenmeisterverband wollen ernst genommen werden. Dazu gehört, dass sie im Rahmen der Sozialpartnerschaft miteinbezogen werden.

Unabhängige Finanz- und Vorsorgeberatung mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden!

Oliver Grob
Kaufmann HKG,
Eidg. dipl. Finanzplanungsexperte



Markus Glauser
Eidg. dipl. Versicherungsexperte,
Eidg. dipl. Betriebsökonom HWV



Roland Kuonen
Eidg. dipl. Bankexperte,
Finanzplaner mit eidg. Fachausweis



Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung,
Vermögensplanung, Zweitmeinung zu Bank- und
Versicherungsofferten

**Alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand
> Sie sparen sich viel Zeit und Ärger.**

Referenzen und weitere Informationen finden Sie hier:

www.glauserpartner.ch



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern, T 031 301 45 45



**Bodenbeläge
aus Textil,
Linoleum und
PVC**



Walter Lustenberger AG

Weissensteinstr. 4, Postfach, 3000 Bern 5, Tel. 031 385 28 30
Fax 031 996 10 60, Mail: info@wlag.ch, Internet: www.wlag.ch



Wir storen Sie!
Zum Beispiel mit: Fensterläden

Schmid-Storen AG
Industriestrasse 65 CH-3052 Zollikofen
Telefon 031 911 00 12 Fax 031 911 63 52
info@schmidstoren.ch www.schmidstoren.ch

Beratung • Verkauf
• Montage • Service • Reparaturen
von Sonnen- und Wetterschutzprodukten



Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen



 **Hotline Inserate**
031 300 63 89
inserate@staempfli.com

JETZT EIN FLUG-
ZEUG UND WEG.

WIE SCHÖN
WIR ES HIER
DOCH HABEN.



www.aekbank.ch

Sowohl als auch. Individuelle Lösungen.
Wir unterstützen Sie dabei.

Aus Erfahrung



Altersvorsorge – So zahlen Sie im nächsten Jahr weniger Steuern

In diesen Tagen flattert die Steuererklärung 2010 ins Haus – aber eigentlich geht es jetzt bereits um die Planung der Steuern 2011. Der Finanzplanungsexperte Oliver Grob* erklärt, weshalb es Sinn macht, in die Altersvorsorge zu investieren.

Vorsorgesparen wird mit Steuervorteilen belohnt. Was müssen Sie im laufenden Jahr unternehmen, damit Sie im nächsten Jahr profitieren?

Viele Sparer stellen sich die Frage, welches Vorsorgeangebot für sie das Richtige ist und was sie mit der verfügbaren Liquidität aus steuerlicher Sicht am besten unternehmen. Möglichkeiten gibt es viele: Säule 3a, freiwilliger Einkauf in die Pensionskasse, Hypothek amortisieren oder Fondssparplan.

Gebundene Vorsorge 3a

Beliebt ist das so genannte 3a-Sparen. Die private Vorsorge. Wer einen Lohn bezieht, kann Einzahlungen in die dritte Säule vom steuerbaren Einkommen abziehen. Staatsangestellte gehören einer Pensionskasse (BPK) an. Für sie gilt im Jahr 2011 ein maximaler Abzug von 6682 Franken. Obwohl bei der Auszahlung eine Steuer anfällt, lässt sich damit eine attraktive Rendite erwirtschaften.

Der entscheidende Unterschied liegt in der steuerlichen Behandlung: Während

die Einzahlungen beim steuerbaren Einkommen voll abgezogen werden können, wird die Auszahlung zum reduzierten Satz für Vorsorgegelder besteuert. Wie gross die steuerliche Einsparung tatsächlich ist, hängt von der Progression des Vorsorgesparers ab. Anhand des Grenzsteuersatzes lässt sich die oftmals erhebliche Einsparung ermitteln (siehe Kasten).

Was ist besser, eine Bank oder eine Versicherung? Das ist schwer zu sagen. Jedenfalls empfiehlt es sich, die Risikoversorge und das Sparen zu trennen. Dieses Vorgehen ist einfacher und transparenter.

Einkäufe in die Pensionskasse

Der Einkauf von fehlenden Beitragsjahren in die berufliche Vorsorge ist sowohl aus steuerlicher Sicht, als Anlage und im Hinblick auf die Altersvorsorge interessant.

Steuerlich ist der Einkauf dann interessant, wenn das freiwillig einbezahlte Kapital später in Kapitalform wieder bezogen wird. Die Einkäufe bringen happige Steuereinsparungen und die Kapitalauszahlung wird vergleichsweise moderat besteuert.

Zu beachten ist bei dieser Planung die Sperrfrist von drei Jahren zwischen Einkauf und Kapitalbezug.

Beim Bezug der Altersleistung in Form einer Rente spielt der beschriebene Mechanismus aber nicht; die Rente ist zu 100 Prozent als Einkommen steuerbar. Somit wird die zum Zeitpunkt der Einzahlung erzielte Steuereinsparung durch die höhere Steuer beim Rentenbezug wieder sukzessive kompensiert.

Als defensive Anlage scheint ein Einkauf als unschlagbar. Das Kapital wird bei der Pensionskasse attraktiv und steuerfrei verzinst. Ob ein Einkauf mit Blick auf die Altersvorsorge Sinn macht, muss im Einzelfall beurteilt werden.

Grenzsteuersatz

Die Steuerbelastung steigt mit höherem Einkommen:

Ein reformiertes Ehepaar in der Stadt Bern zahlt bei einem steuerbaren Einkommen von 70 000 Franken Steuern in der Höhe von 13 461 Franken. Bei einem steuerbaren Einkommen von 71 000 Franken steigt die Steuerbelastung auf 13 714 Franken. Für 1000 Franken mehr zahlt das Paar somit 253 Franken mehr Steuern. Das ergibt einen Grenzsteuersatz von 25,3 Prozent.

Wer seinen Grenzsteuersatz kennt, kann ausrechnen, wie viel er durch einen zusätzlichen Abzug sparen kann. Wenn das Ehepaar also 6000 Franken in die Säule 3a einzahlt, dann spart es im entsprechenden Steuerjahr 1518 Franken an Steuern.

Qual der Wahl

Doch welche Strategie soll nun eingeschlagen werden? Wie setzen Sie den Sparbatzen am besten ein?

Aufgrund der Flexibilität, welche die Säule 3a bietet, hat sie erste Priorität. An zweiter Stelle empfehlen wir gestaffelte Einkäufe in die Pensionskasse. Drittens die Sparformen im Rahmen der freien Vorsorge.

Die verschiedenen Möglichkeiten machen es dem Sparer nicht leicht. Mit einer sorgfältigen Planung lassen sich jedoch erhebliche Steuer- und Vorsorgevorteile erzielen.

*Oliver Grob ist Kaufmann HKG und eidg. dipl. Finanzplanungsexperte. Er arbeitet bei Glauser+Partner dem BSPV-Partner für Finanzberatungen.



Oliver Grob.

Zanoni



Grotto Ticino Pizzeria Cafiero am Breitenrainplatz

3014 Bern

Seasongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22.45 Uhr

Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

www.grotto-ticino.ch

- Neubau
- Umbau
- Service

Heizung Lüftung Sanitär Elektro

Badertscher + Co AG

Zentweg 13, 3006 Bern

Tel. 0319 381 381

Fax 0319 381 391

www.baco.ch



Bucher Baugeschäft AG

Ihr Partner für Reparaturen
Um- und Neubauten
Kernbohrungen und Betonfräsen

Sägemattstrasse 2

3097 Liebefeld

Telefon 031 971 29 95

www.bucherbau.ch

Privat- und Geschäftsumzüge
Lagerlogistik

Kehri+Oeler

CH-3001 Bern
Telefon 031 388 81 11

www.kehrioeeler.ch

FRIWASH

Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern

Ey 9a, 3063 Ittigen

Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch



Muesmatt AG

Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen

Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11

www.muesmatt.ch

Der starke
Personalverband

BSPV



Wir kämpfen für unsere Mitglieder!

Und wir beraten Sie gerne:
www.bspv.ch / 031 311 11 66

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

Une association
de personnel forte

APEB



Nous luttons pour nos membres!

Nous vous conseillons volontiers:
www.bspv.ch / 031 311 11 66

APEB – l'Association du Personnel de l'État de Berne



«Löhne sind am unteren Limit, sie sind nicht konkurrenzfähig»

Die Dozierenden der Bernischen Fachhochschule BFH bilden mit 200 Mitgliedern eine starke Sektion des BSPV. Die Veränderungen an der BFH fordern sie heraus. Samuel Kohler ist Präsident der Sektion. Matthias Burkhalter hat mit ihm gesprochen.

Seit fast einem Jahr sind Sie Präsident der Vereinigung der Dozierenden der Berner Fachhochschule BFH. Was hat Sie zur Übernahme dieses Amtes bewogen?

Samuel Kohler: Die grossen Veränderungen bei der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft und in der ganzen BFH sind für mich eine Herausforderung. Bei Veränderungen ist es wichtig, dass die Betroffenen mitreden und mitbestimmen können. Hier will ich mich einsetzen. Und ich will Brücken schlagen zwischen den verschiedenen Partnern der BFH.

Einige Dozierende haben den Eindruck, der administrative Überbau sei zu schwerfällig. Was sagen Sie dazu?

Mit Rektorat, Departement und Abteilung haben wir tatsächlich einen erheblichen Überbau. Wir brauchen aber Strukturen. Auch eine gute Koordination ist nötig. Unsere Verwaltung funktioniert gut. Sie sollte aber auf keinen Fall noch weiter ausgebaut werden. Möglichst schlanke Strukturen sind ideal.

«Wie alle Angestellten brauchen auch wir einen starken Partner»

Was kann der BSPV tun?

In der heutigen Arbeitswelt brauchen die Angestellten einen starken Partner. Auch wir als Dozierende brauchen eine gut organisierte Vertretung, die unsere Rechte kennt und durchsetzen kann. Wichtig ist auch, dass sich die Dozierenden gut organisieren.

Dozierende werden je nach Erfolg bei der Gewinnung von Drittmitteln ungleich entlohnt. Finden Sie das vertretbar?

Diese Regelung kommt nicht überall gut an. Nicht alle haben die gleichen Möglichkeiten, um am Markt Drittmittel zu generieren. Die Mehrheit der Dozierenden lehnt diese Art von «Gewinnbeteiligung» oder Bonus ab. Das untergräbt die Solidarität zwischen den Dozierenden.

Was muss der Kanton Bern unternehmen, um die besten Dozierenden an der Fachhochschule halten zu können?

Die Arbeitsbedingungen an der BFH sind attraktiv. Aber die Löhne bewegen sich am unteren Limit und sind nicht konkurrenzfähig. Es würde also helfen, die guten Leute zu behalten, wenn sich in der Lohnfrage die Perspektiven verbessern.

Braucht es einen Campus, an dem alle Departemente der BFH an einem zentralen Standort vereinigt sind?

Das ist eine verlockende Idee. Vordringlich ist es aber, dass schon nur jeweils alle Departemente an einem einzigen Standort vereinigt sind. Zudem müsste ein Campus an einer hervorragenden Verkehrslage angesiedelt werden.

Die Hochschule für Landwirtschaft wird per 1. Januar 2012 kantonalisiert. Welches sind die Herausforderungen?

Die Lohneinbussen, die wir hinnehmen müssen, sind schwer verständlich. Wieso soll ein Dozent bis zu 18 Prozent weniger verdienen, nur weil der Arbeitgeber wechselt? Hier haben wir erreicht, dass die Härtefälle gesondert angeschaut werden und versucht wird, dass niemand Einbussen von über zehn Prozent hinnehmen muss. Immerhin ist die Arbeitsplatzsicherheit gewährleistet. Das schätzen wir. Die Pensionskassenregelung ist leider noch ungewiss.

Interview-Partner:

Dr. Samuel Kohler ist Tierarzt. Er arbeitet als Dozent an der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft in Zollikofen. Seit einem Jahr ist er Präsident der BSPV-Sektion Profhese, der Vereinigung der Dozierenden an der Berner Fachhochschule.

VLB will die Unterschiede bei den Gehaltsstufen untersuchen

Der Verein der landwirtschaftlichen Lehr- und Beratungskräfte will untersuchen, wie sich die Gehaltsstufen der eigenen Löhne voneinander unterscheiden.

Das Problem kennen auch andere Berufsgruppen: Je nachdem wann eine Person eingestellt wurde, unterscheiden sich die gewährten Lohnstufen. Bei gleicher Qualifikation und gleicher Erfahrung, notabene.

Die Mitglieder des Vereins der Lehr- und Beratungskräfte des Amtes für Landwirtschaft, VLB, wollen nun genau wissen, wo die Unterschiede liegen und wie gross sie sind. Dies beschlossen sie an ihrer Hauptversammlung im Inforama Rütli.

Andreas Gasser, Direktor des Inforamas, sagte, dass er bemüht sei, den Benachteiligten zusätzliche Stufen zu gewähren, dass dies in den letzten Jahren aber schwierig gewesen sei.



Roland Biedermann orientiert. Staub

Unter dem Vorsitz von VLB-Präsident Roland Biedermann waren neben den statutarischen Geschäften auch die Entschädigungen für Dienstfahrten mit privaten Autos ein Thema. Als Vertreter des BSPV berichtete Peter Staub über die aktuellen verbandsinternen Entwicklungen.

60 Rentnerinnen und Rentner besuchten das Berner Rathaus

Die mitgebrachten Guetzli verfehlten ihre Wirkung nicht: Die Mitglieder des Grossen Rates freuten sich über den Besuch der Berner Rentnervereinigung.

Seit Jahren haben die Pensionierten des Kantons Bern keine Teuerung mehr erhalten. Die bisher unternommenen Vorstösse verliefen allesamt im Leeren.

Deshalb wählte die Rentnervereinigung einen neuen Weg, um dem Anliegen

Gehör zu verschaffen. Unter der Leitung ihres Präsidenten Eugen Schneider besuchten gut 60 pensionierte Staatsangestellte die November-Session des Grossen Rates. Damit die Parlamentarier wussten, worum es den Gästen auf der Besuchertribüne ging, fanden sie alle ein Guetzli an ihrem Platz. Mit dem Hinweis, dass es an der Zeit wäre, wieder einmal an die ehemaligen Mitarbeiter des Kantons zu denken.

Im Beisein von drei ehemaligen und zwei aktuellen Grossräten ging der Anlass mit einem gemeinsamen Mittagessen im Hotel Bern zu Ende. BSPV-Präsident Peter Bernasconi betonte in seiner Ansprache, wie wichtig es sei, dass die Aktiven und die Pensionierten zusammenhielten.



Eugen Schneider weist den Weg. Staub

Hinweis

Präzisierungen zum Langzeitkonto

Wir haben gemeldet, dass der Bezug von Zeitguthaben auf dem Langzeitkonto nicht angeordnet werden kann. Nach Rückfragen präzisieren wir, dass auch keine Auskunft über die künftige Verwendung dieser Guthaben erteilt werden muss.

Für alle Zeitguthaben wurden Rückstellungen von über 100 Millionen Franken gebildet. Sie sind also bereits bilanziert.

Wenn ein Angestellter sein Zeitguthaben vor der Pensionierung bezieht, darf es nicht sein, dass die Stelle in dieser Zeit nicht besetzt wird.

Hinweis

Hauptversammlungen

HV Rentnervereinigung, Montag, 21. März, 13.30 Uhr, Restaurant Time Out, Kaserne Bern:

Es referiert Grossrat Markus Meyer, Präsident des kantonalen Polizeiverbandes, zum Thema «Sicherheit, ein weites Feld». Anschliessend Diskussion. Nach den statutarischen Geschäften gibt es ein Zvieri, das aus der Verbandskasse bezahlt wird. Anmeldung erwünscht: Eugen Schneider, Telefon 031 829 14 02, E-Mail: schneider.eugen@bluewin.ch

DV Polizeiverband, Freitag, 25. März, 14.00 Uhr, CIP, Tramelan.

Hinweis

Vorankündigungen

Das nächste Pensionskassen-Seminar des BSPV findet am Donnerstag, 1. September statt.

Der Herbstausflug der Rentnervereinigung aufs Stanserhorn findet am Mittwoch, 7. September statt.

Die Ausschreibungen erfolgen später im «diagonal».

Sektion Gym_Bern: Es bleibt viel zu tun

Gym_Bern ist eine noch junge Sektion des BSPV. Und sie wächst immer noch kräftig. Die Reformitis sorgt dafür, dass Gym_Bern die Arbeit nicht ausgeht.



Beat Witschi, Präsident der Sektion GymBern.

Burkhalter

Berner Gymnasial Lehrpersonen haben 2006 Gym_Bern – den Verband der Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer im Kanton Bern – als Sektion des BSPV gegründet. Das Ziel war es, in gymnasiumspolitischen, pädagogischen und gewerkschaftlichen Fragen eigenständige Positionen zu vertreten.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren über 40 Personen aus dem kurz zuvor aufgelösten Bernischen Gymnasiallehrerverband zum BSPV übergetreten.

2007 nahm die Abgeordnetenversammlung des BSPV die neue Sektion auf, die damals bereits gut 70 Mitgliedern umfasste. Inzwischen hat sich die Zahl der Mitglieder auf rund 140 verdoppelt.

Retten, was zu retten war

Da die grösseren Brocken der Gymnasiumsreformen bei der Gründung von Gym_Bern geschluckt worden waren, versuchte die neue Sektion zu retten, was noch zu retten war.

Gleichzeitig kamen die Gymnasien schweizweit unter enormen Druck des Reformensturms. Es gab einiges zu tun und das ist so geblieben.

Gym_Bern setzt sich konkret ein für

- einen ungebrochenen vierjährigen gymnasialen Lehrgang mit Unterricht in den Schwerpunktfächern ab dem 9. Schuljahr;
- den direkten Zugang zur Hochschule nur über die gymnasiale Matur;
- die Verhinderung von Bildungsstandards und einer Zentralmatur;
- ein Ende der Reformitis;
- Löhne und angemessene Entwicklungschancen für Junglehrpersonen;
- Gymnasiallehrkräfte nur mit vollem fachwissenschaftlichem Studium, also Master und fachdidaktischer Zusatzausbildung;
- verbindliche Mitsprache und Mitbestimmung in den Schulen;
- transparente, kriteriengestützte Entscheide bei Anstellungen, Entlassungen und Pensenzuteilungen;
- einen kantonalen Pool für schuldlos Entlassene, die ein Anrecht haben sollen, bei Neuanstellungen vorrangig berücksichtigt zu werden;

Kontakt: Beat Witschi, Präsident
witschiziegler@datacomm.ch

Kolumne

Ich bin immer wieder beeindruckt, wie mir das Personal hilft

Als Bernerin und als Politikerin habe ich regelmässig mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonsverwaltung zu tun. Nicht nur wenn ich einen neuen Pass brauche, auch in meiner politischen Arbeit.

Viele nationale Entscheide haben Auswirkungen auf unseren Kanton. Umso wichtiger ist es für mich, aus erster Hand Informationen zu erhalten. Zum Beispiel zur Wirtschaftsförderung. Ich bin immer wieder beeindruckt, wie mir die kantonalen Angestellten unkompliziert helfen. Sie machen uns Bürgerinnen und Bürgern den Umgang mit den Behörden leicht. Sie bieten einen guten Service.

Das ist nicht selbstverständlich. Und es ist nicht immer einfach. Dafür braucht es qualifiziertes Personal, das gerne arbeitet und das geschätzt wird. Aufgrund des Spardrucks müssen jedoch immer weniger Mitarbeitende immer mehr leisten. Zudem besteht bei den Löhnen Nachholbedarf.

Wen wundert es, dass sich manche nach anderen Stellen umsehen? Zum Glück hat der Regierungsrat die Zeichen der Zeit verstanden: Heuer gibt es endlich wieder eine spürbare Lohnerhöhung für alle Kantonsangestellten. Sie ist mehr als verdient.

Weitere Verbesserungen bleiben aber nötig.



Von Ursula Wyss,
Nationalrätin SP,
Mitglied KV, Bern

Die Meinung der Autorin muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Reka-Ferien für 100 Franken

Kennen Sie die Angebote der Reka-Ferienhilfe für Familien mit kleinem Budget?

Gehören Sie und Ihre Familie zu jenen Menschen, die von Ferien nur träumen können? Dafür gibt es die Reka-Ferienhilfe. Sie offeriert Ihnen eine Woche Ferien in der Schweiz zum Solidaritätspreis von 100 Franken für die ganze Familie.

So vielfältig wie die Bedürfnisse einer Familie sind auch die Ferienmöglichkeiten. Besonders beliebt sind die Reka-Feriedörfer. Bei einem Aufenthalt in einer familienfreundlichen Jugendherberge ist neben der Unterkunft im Familienzimmer auch Halbpension inbegriffen.

Ein spezielles Ferienerlebnis bieten die Ferien auf dem Bauernhof. In verschiedenen Reka-Feriedörfern werden zudem begleitete Ferienwochen für allein erziehende Mütter oder getrennt oder geschieden lebende Väter und deren Kinder organisiert.

2011 will die Reka 1300 bedürftigen Familien mit dieser Ferienaktion eine Freude bereiten. Informationen erhalten Sie von den Mitarbeiterinnen der Reka-Ferienhilfe sowie unter www.reka.ch.

Reka-Ferienhilfe, Neuengasse 15, 3001 Bern, Telefon 031 329 66 33



Reka-Feriedorf Zinal.

Reka

National- und Ständeratswahlen

Die SP-Nationalrätin Ursula Wyss kandidiert für den Ständerat. Als Mitglied des Kaufmännischen Verbands Bern setzt sich Wyss für die Anliegen der Angestellten ein. Die anderen Kandidierenden gehören unseres Wissens keiner Angestelltenvereinigung an. Der BSPV gibt für die Ständeratsersatzwahlen keine Wahlempfehlung ab.

Ins Rampenlicht rücken dieses Jahr allmählich die Nationalratswahlen. Diese werden am 23. Oktober 2011 stattfinden. Traditionsgemäss wird sich die Dachorganisation der bernischen Personalverbände, «angestellte bern», mit einer eigenen Kampagne engagieren. Dabei werden in erster Linie Kandidierende unterstützt, die in Gremien der beteiligten Personalverbände aktiv mitarbeiten.

Der BSPV unterstützt Kandidierende, die sich um die Verbandsziele verdient gemacht haben. Das von der Abgeordnetenversammlung am 4. Juni 2010 verabschiedete Wahlreglement gibt über die Grundsätze Auskunft. Es ist auf der Homepage des BSPV zu finden.

BSPV-Mitglieder, welche die Angestellteninteressen auch im Nationalrat vertreten möchten, melden sich bitte auf der Geschäftsstelle des BSPV.



Der Saal des Nationalrates.

Ärgerlich hohe Verzugszinsen

Ein pensioniertes Mitglied des BSPV musste nach vier Jahren plötzlich AHV-Beiträge nachzahlen. Was war passiert? Die Steuerveranlagung des Rentners war ohne sein Verschulden im Verzug gewesen. Das kann schon mal passieren. Deshalb bezahlte der Pensionierte den geschuldeten Betrag in der Folge ohne zu Murren.

Doch er bestritt die Verzugszinsen von fünf Prozent. Diese schienen ihm unangemessen hoch. Gegen diesen Zinsbescheid erwirkte er eine Verfügung. Und als er die Verfügung erhielt, erhob er dagegen Einspruch. Doch seine Einsprache wurde abgelehnt.

Die Geschäftsstelle des BSPV hat zu diesem Sachverhalt einen Rechtsanwalt konsultiert, um auszuloten, wie die Chancen stehen, falls der Einspruch weitergezogen wird. Der Anwalt sieht jedoch keine rechtliche Möglichkeit, eine Zinszahlung anzufechten, die ohne eigenes Verschulden des Rentners entstanden ist.

Für einmal können wir die Bundesverwaltung, die diese absurde Vorschrift entgegen dem Rat der Ausgleichskassen erlassen hat, für ihr Handeln nicht rühmen. Zurück bleiben ein gewisses Unverständnis und ein roter Einzahlungsschein.



BSPV sorgt sich auch um Rentner.

Impressum



Offizielles Organ des Bernischen Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

T. Wenger

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

Section Gym_Bern: il y a beaucoup à faire

Gym_Bern est une jeune section de l'APEB. Et elle ne cesse de s'agrandir. La volonté de réformer à tout prix fait que le travail ne manque pas.



Beat Witschi, président de la section GymBern.

Burkhalter

Les maîtres de gymnase du canton de Berne ont fondé, en 2006, l'association des professeurs de gymnase bernois, constituée en une section de l'APEB. L'objectif était de défendre leurs propres intérêts dans les questions de politique gymnasiale, de pédagogie et de politique syndicale.

Jusqu'alors, plus d'une quarantaine de personnes étaient passées, en qualité de membres, de l'association des maîtres de gymnase bernois, qui venait d'être dissoute, à l'APEB.

En 2007, l'assemblée des délégués de l'APEB a intégré en son sein la nouvelle section, qui comptait à l'époque déjà pas moins de 70 membres. Entre temps, l'effectif des membres a doublé, s'élevant à 140 affiliés.

Sauver ce qui était possible

Comme les principales réformes gymnasiales avaient été imposées lors de la fondation de Gym_Bern, la nouvelle section a essayé de sauver ce qui pouvait l'être.

Dans le même temps, à l'échelle nationale, les gymnases devaient faire face à l'énorme pression qui s'exerçait sur eux du fait de la vague des réformes. Il fallait en-

treprendre quelque chose et les choses en sont restées là.

Gym_Bern s'engage concrètement pour

- Une formation gymnasiale ininterrompue de quatre ans avec un enseignement axé sur les branches principales dès la 9^e année;
- L'accès direct à l'Université uniquement par le biais de la maturité gymnasiale;
- Empêcher les formations standardisées et une centralisation de la maturité;
- Mettre fin à la volonté de réformer à tout prix;
- Des salaires convenables et des chances de développement appropriées aux jeunes apprenants;
- L'engagement uniquement de maîtres de gymnase bénéficiant d'une formation complète dans les disciplines enseignées, donc d'un master et d'une formation didactique complémentaire adéquate;
- Une participation obligatoire aux décisions concernant l'école – concevoir une stratégie propre pour l'école et non pas seulement diriger celle-ci;
- Des décisions transparentes et basées sur des critères précis lors de l'embauche ou du licenciement d'enseignants et de l'attribution des programmes de cours;
- L'institution d'une commission cantonale pour les personnes licenciées sans qu'elles soient fautives et qui auront le droit d'être traitées en priorité lors d'un nouvel engagement;
- La reconnaissance de l'ancienneté comme critère objectif lors de licenciements;

Personne de contact: Beat Witschi, président, witschiziegler@datacomm.ch

Note

Elections au Conseil national et au Conseil aux Etats

La conseillère nationale socialiste Ursula Wyss se porte candidate au Conseil aux Etats. En tant que membre de l'Association suisse des employés de commerce, section Bernoise, elle défend les intérêts des employés. Les autres candidates et candidats ne sont pas affiliés, à notre connaissance, à une association d'employés. L'APEB ne donne pas, s'agissant des élections au Conseil aux Etats, de consignes de vote.

Cette année auront lieu également, le 23 octobre, les élections au Conseil national.

L'APEB apporte son soutien aux candidats et aux candidates qui se sont investis personnellement pour la réalisation des objectifs de l'association. Le règlement sur les élections fournit de plus amples renseignements quant aux principes. On peut le consulter sur la page d'accueil de l'APEB.

Les membres de notre association qui souhaitent défendre les intérêts des employés au Conseil national sont priés de s'annoncer au secrétariat de l'APEB.

Note

Le compte épargne-temps

Dans notre dernière édition de «diagonal», nous avons rappelé que l'on ne pouvait pas exiger d'un employé qu'il prenne des heures sur son compte épargne-temps. Suite aux réactions qui nous sont parvenues, nous rendons nos membres attentifs au fait que l'on ne peut pas non plus exiger que l'employé fasse une déclaration d'intention sur l'utilisation future de son solde d'heures de travail sur le compte épargne-temps. On ne doit pas fournir des renseignements sur les demandes à ce sujet.



Matthias Burkhalter et Peter Bernasconi ont obtenu pour le personnel des salaires plus élevés.

Staub

Echec du système de rétribution: recherche de nouvelles solutions

Les employés du canton ont bénéficié, en début d'année, d'une hausse de salaire plus élevée que celle qui était prévue. Cependant, le problème n'est pas pour autant résolu. Le système de rétribution doit être révisé. Par Matthias Burkhalter

Revenons sur le débat qui a eu lieu au Grand Conseil au cours de la session de novembre dernier. D'habitude, le budget cantonal passe la rampe du Grand Conseil sans propositions de modification notables. Ou alors, il est complété par un train de mesures d'économies. Il en a été tout autrement cette année.

Peu avant le débat sur les finances cantonales, le Conseil-exécutif a présenté pour la première fois des chiffres concernant la progression salariale enregistrée ces dernières années. Ce que l'APEB déplorait depuis longtemps a été confirmé par le Conseil-exécutif: au cours de ces dernières années, ce sont au total 3,5 milliards de francs qui ont été épargnés sur le dos du personnel. En n'accordant ni les promotions individuelles ni la pleine compensation du renchérissement.

Là-dessus, les associations de personnel ont réagi. L'APEB et le SSP ont déposé une motion urgente exigeant un plus fort accroissement des salaires. Et la LEBE a mobilisé enseignants et enseignantes pour une manifestation de grande envergure sur la place de l'Hôtel de gouvernement.

Puis un miracle s'est produit: la motion déposée par Matthias Burkhalter, Peter Bernasconi et Blaise Kropf a été adoptée en tant que postulat à une majorité des deux tiers des députés du Grand Conseil. Ont voté de manière regroupée en sa faveur le PS, le PLR, les Verts, le PEV et le GLP. Une grande majorité du BDÉP s'y est jointe. Nos revendications salariales ont été rejetées par l'UDF et l'UDC.

Nous remercions sincèrement tous les députés qui ont reconnu l'enjeu de nos revendications.

Réviser le système de rétribution

Le résultat ainsi obtenu n'est toutefois pas encore satisfaisant. Le Conseil-exécutif, la commission de surveillance du Grand Conseil et en particulier les associations de personnel ont admis qu'à l'avenir il ne s'agira pas de pourcentages de salaire, mais de réviser le système de rétribution. Le système actuel, qui prévoit des augmentations de traitement arbitraires, ne tient pas compte des conditions du marché de l'emploi.

Quiconque ne fait que poursuivre des objectifs de politique financière agit à court terme. Les forces dirigeantes du canton de Berne veulent un changement. L'idéal serait que tout le monde vise le même but.

Des solutions pragmatiques

Le mieux serait de pouvoir traiter dans le cadre d'un projet global des thèmes

comme l'évolution salariale, les caisses de pension, le temps de travail, le développement du personnel et l'assistance des retraités. Toutefois un tel projet serait voué à l'échec, car les projets ambitieux sont difficiles à mettre en œuvre. Il faut au contraire des solutions pragmatiques, qui peuvent être appliquées le plus rapidement possible. Les associations de personnel sont en train d'élaborer des propositions concernant l'évolution des salaires, qu'elles présenteront prochainement.

Ne pas oublier les retraités!

Chaque année, il manque à Noël un cadeau pour les retraités. Un seul leur suffirait: la compensation du renchérissement. Les rentes n'ont plus été adaptées au renchérissement, et ce depuis des années. Ce qui entraîne des difficultés financières pour les plus anciens employés cantonaux. Le secrétariat de l'APEB reçoit de nombreux

messages d'employés mécontents, auxquels on aurait assuré que la solidarité entre les membres n'est pas qu'un vain mot.

Lors du débat sur le budget cantonal, le Grand Conseil a réduit le budget «Protection des consommateurs» de plus d'un million de francs. Des rumeurs et des calomnies se sont répandues concernant le travail des inspecteurs des denrées alimentaires. Le laboratoire cantonal doit désormais augmenter ses recettes ou réduire le nombre de ses tâches prescrites par la loi.

La procédure adoptée par le Grand Conseil n'a rien à voir avec un travail sérieux. Il faut en particulier s'indigner à propos du commentaire paru dans le Journal des arts et métiers où les inspecteurs des denrées alimentaires sont traités de «profiteurs». Il faut au contraire les remercier pour leur travail accompli, jour après jour, avec le plus grand sérieux et pour leur engagement au service de la population.

Les poires comparées aux pommes

Les médias ont publié à la fin de l'année de nombreux chiffres comparatifs sur l'évolution des salaires.

Sur tous les tableaux, il était écrit: canton de Berne 1,8% et Confédération 1,0%. On y comparait des pommes avec des poires. Car effectivement, le calcul exact est le suivant:

Canton de Berne: renchérissement 0,7%, augmentation individuelle moyenne des traitements 1,1%.

Confédération: renchérissement 1,0%, augmentation individuelle moyenne des traitements de 0,0 à 5,0%.

Donc, certains employés fédéraux reçoivent automatiquement une augmentation de traitement de 6%.

Que ferait-on sans le travail harassant des cantonniers

C'est l'hiver: des journées durant, les routes sont enneigées. Si les cantonniers n'avaient pas accompli leur travail sans relâche, ils auraient été peu nombreux ceux qui auraient rejoint leur lieu de travail. Par Matthias Burkhalter

Le travail des cantonniers passe quasi inaperçu. On pense qu'il va de soi. Notamment ceux qui dirigent notre économie. Ou ceux qui ne portent pas l'administration cantonale dans leur cœur. Ou encore ceux qui au fond critique tout.

Toutefois, si le travail ne devait pas être fait, on ne manquerait pas de s'en apercevoir. Des plaintes et des réclamations se feraient entendre dans tout le canton de Berne.

Un travail astreignant

Les cantonniers ne sont en général guère reconnus. Car ils accomplissent leur travail, si important pourtant, dans des conditions très hostiles. En hiver notamment.

Ils étaient par conséquent largement indemnisés pour cette tâche. Les dispositions réglementaires sur les indemnités

prévoient une réglementation spéciale pour les cantonniers.

Or, le Conseil-exécutif a malheureusement décidé de supprimer un système qui a pourtant fait ses preuves et d'uniformiser toutes indemnités. A partir du 1er janvier 2011, une nouvelle réglementation sur les frais généraux est entrée en vigueur, qui introduit diverses nouveautés et adaptations. Par ailleurs, la bonification-temps pour le travail accompli en plus des tâches ordinaires est plus mal rétribuée. Tous les employés concernés ne s'en réjouissent pas.

Pas d'invitation

L'APEB n'a pas non plus apprécié le fait qu'elle n'ait pas été invitée, pas plus que ses sections concernées, à se prononcer dans un co-rapport sur la nouvelle ré-

glementation tel que cela est prévu normalement dans le cadre d'un partenariat social.

Nous avons eu certes la possibilité, environ une année auparavant, de faire connaître nos idées verbalement; toutefois, l'APEB n'a jamais été associée à l'élaboration proprement dite de la réglementation. Ce qui est regrettable.

Même si les responsables de l'Office des ponts et chaussées ont accompli un travail très satisfaisant et sérieux. Même si la nouvelle réglementation a été présentée et commentée aux employés concernés. Même si cette réglementation ne dissimule pas une manœuvre visant à faire des économies. L'APEB et l'Association des cantonniers veulent être prises en compte au sérieux. Et dans ce sens, elles veulent être associées aux procédures de co-rapport.

diagonal

BSPV
APEB
www.bspv.ch



13 Portrait

Section Gym_Bern: il y a beaucoup à faire

Gym_Bern est une jeune section de l'APEB. Et elle ne cesse de s'agrandir. La volonté de réformer fait que le travail ne manque pas.

14 Sujet politique

Echec du système de rétribution

Les employés du canton ont bénéficié d'une hausse de salaire plus élevée que celle qui était prévue. Le problème n'est pas résolu.

Editorial



L'APEB obtient un succès au Grand Conseil. Page 14.

Staub

Des problèmes dans le domaine du personnel

Grâce à l'APEB, le personnel reçoit pour 2011 une augmentation de salaire relativement acceptable. Toutefois, bien des questions demeurent ouvertes.

Par Matthias Burkhalter, administrateur APEB

Depuis des années, les partenaires sociaux discutent chaque automne du montant des mesures salariales annuelles. A l'avenir, il ne s'agira plus de discuter uniquement de pourcentages mais d'introduire un nouveau système de rétribution. Le système actuel est trop prometteur et n'est pas en mesure de tenir toutes ses promesses. L'APEB soumettra prochainement ses propositions de solutions en la matière.

L'avenir des caisses de pension cantonales demeure incertain. La couverture insuffisante des deux caisses, qui s'élève à un total dépassant les 2,6 milliards de francs,

nous cause bien des soucis. Il convient de boucher ce trou. Un changement de système de primauté ne suffira pas à lui seul pour le combler.

Et la question des vacances n'est pas résolue non plus. Le Conseil-exécutif a décidé d'introduire la cinquième semaine de vacances il y a quatre ans déjà. La promesse n'est toujours pas tenue, malgré les bons résultats de l'exercice annuel.

Le personnel et le Conseil-exécutif vont devoir, en 2011, faire face à de gros défis. Nous espérons que des solutions acceptables pourront être trouvées.